



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 27.11.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 02. Dezember 2015, um 17:00 Uhr,
HELIOS Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken, Ludwig-Erhard-Straße 100
Helios Bildungszentrum, Raum S1020 (Erdgeschoss)

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Helios HSK**
- Präsentation des Neubaukonzeptes durch die Geschäftsführung -

2. **15-V-06-0012**

DL 53/15-1 NÖ

Zustimmung zum Grundstücks- und Neubaukonzept der HELIOS HSK GmbH

- *Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 01.12.2015 -*

3. 15-F-03-0125

Defibrillatoren in LHW

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2016 -

In einem Zeitungsbericht vom 19. November, bei dem ein öffentlich zugänglicher Defibrillator in der Staatskanzlei thematisiert wurde, wurde darauf hingewiesen, dass eine öffentlichkeitswirksame Beschilderung, z.B. über Hinweise an Straßenschildern, zu den Standorten wünschenswert sei. Der letzte Bericht des Magistrats zu den Defibrillatoren erfolgte unter 12-F-05-0012 in 2013.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, an welchen weiteren (zum Bericht von 2013) öffentlichen Standorten Defibrillatoren zugänglich sind, insbesondere auch in den Vororten, öffentlichen Plätzen, etc.?
2. Zu Berichten, ob der Magistrat Kenntnis darüber hat, dass die Werbeagentur „ToMa“ kostenlos Defibrillatoren zur Verfügung stellen kann?
3. Dafür Sorge zu tragen, dass eine öffentlichkeitswirksame Beschilderung sichergestellt wird.

4. 15-F-08-0057

Koordination freiwilliger FlüchtlingshelferInnen

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.11.2015

Bei der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde eine Stelle zur Koordination freiwilliger Hilfsangebote eingerichtet. Auf der Homepage der LH Wiesbaden können sich BürgerInnen eintragen, wenn sie in ihrer Freizeit in der Flüchtlingshilfe tätig werden möchten. Die Notwendigkeit von zusätzlichem freiwilligem Engagement wird regelmäßig betont.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

einen Bericht über die bisherige Arbeit der Koordinierungsstelle zu geben. Dabei ist auch Bezug zu nehmen auf evtl. aufgetretene Probleme in der Koordinierungsarbeit. Ggf. wird um Vorschläge gebeten, wie diese durch geeignete Maßnahmen bearbeitet werden können.

5. 15-F-33-0089

Assistierte Ausbildung
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.1.2015

Am 01.05.2015 trat das im § 130 SGB III geregelte neue arbeitsmarktpolitische Instrument zur assistierten Ausbildung in Kraft. Es ist zeitlich zunächst auf die vier Ausbildungsjahrgänge 2015 bis 2018 befristet.

Ziel der assistierten Ausbildung ist die Förderung und Begleitung lernbeeinträchtigter oder sozial benachteiligter junger Menschen von der Ausbildungssuche bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss.

Mit dem Konzept der assistierten Ausbildung soll explizit darauf reagiert werden, dass noch immer viele Betriebe einen erhöhten Betreuungsaufwand bei möglicherweise schwierigen Ausbildungsbewerber/innen scheuen.

Mit einer Förderzeit über die gesamte Dauer der Ausbildung kann ein begleitender Bildungsträger auch die unabdingbare Kontinuität gewährleisten, die für einen nachhaltigen Vertrauensaufbau mit jungen Menschen notwendig ist.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1 In welchem Rahmen / mit welchen Bildungsträgern wird die assistierte Ausbildung bereits in Wiesbaden umgesetzt?
- 2 Gibt es ausreichend Betriebe, die bereit sind sich bei der Ausbildung förderungsbedürftiger junger Menschen unterstützen zu lassen?
- 3 Mit welchen Betrieben wurden Vereinbarungen bezüglich des Einsatzes von assistierter Ausbildung getroffen?

6. 15-F-33-0090

Stromsperrern in Wiesbaden
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.11.2015

Am 23. Januar 2013 hat ESWE-Versorgung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit über den Umgang mit so genannten Stromsperrern und die Situation in Wiesbaden berichtet. Nun ist nach Zeitungsberichten die Anzahl von Stromsperrern in diesem Jahr wegen der stetig steigenden Energiepreise im gesamten Bundesgebiet stark gestiegen.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten ob sich die Zahl der Stromsperrern auch in Wiesbaden so stark erhöht hat wie im restlichen Bundesgebiet.

7. Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales

7.1 15-V-51-0021

ANLAGE

Bericht zu den Anträgen 4.Quartal 2015 und Gesamtübersicht 2015

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 01.12.2015 -

7.2 Vergabe der Restmittel aus dem Jahr 2014

8. 15-V-02-0010

DL 52/15-3

Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Bergkirche

9. 15-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 15-V-11-2006

DL 52/15-5

Integriertes Gesundheitsmanagement - Fortsetzung des Fitnessstudio- und Schwimmbadangebots

2. 15-V-20-0054

DL 51/15-2

Investitionscontrolling 3. Quartal 2015

3. 15-V-51-0031

Grundsanie rung und Ausbau der städtischen Kindertagesstätte Hessenring in Nordenstadt

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 01.12.2015 -

4. **15-V-51-0046** **DL 52/15-17**
Sozialpädagogisches Konzept Kulturpark
5. **15-V-51-0048** **DL 52/15-18**
Maßnahmen zur Gewährleistung des Brandschutzes in der Kita Elsässer Platz - 2. Bauabschnitt
6. **15-V-51-0054**
Sicherung des Fachkräftebedarfs in Wiesbadener Kindertagesstätten. ESF-Projekt
"Quereinstieg für Männer und Frauen in Kindertagesstätten" - Start 2.Jahrgang

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 01.12.2015 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Völker
Vorsitzender